

geben. Das würde heute aber zu weit führen, das im Detail zu behandeln. Ich möchte bloß sagen, daß die Ausschüsse ein Augenmerk darauf legen sollten, wie diese Gesetze im einzelnen wirken.

Wir, die Fraktion der Liberalen, stimmen dem Antrag der Überweisung dieser Steuergesetze in die Ausschüsse Finanzausschuß, Haushaltsausschuß, Wirtschaftsausschuß unter Federführung des Finanzausschusses zu. - Ich bedanke mich.

(V ereinzelt Beifall)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Uli mann:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion Bündnis 90/Grüne spricht der Abgeordnete Schulz.

#### **Schulz für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann mich kurzfassen. Ihre Aufmerksamkeit sinkt verständlicherweise schon.

Diese Gesetzgebungsflut mag für diejenigen folgerichtig erscheinen, die diese Art von Staatsvertrag in der vereinbarten und vorliegenden Form als den einzigen Weg zur deutschen Einheit für richtig halten. Ich persönlich betrachte es schon als ein parlamentarisches Possenspiel, wenn der Legislative hier empfohlen wird, sie möge sich die Gesetze, die sie selbst zu verabschieden hat, im Buchhandel besorgen oder aus der Privatschatulle eines Abgeordneten zur Verfügung gestellt bekommen.

(Beifall bei der PDS und Bündnis 90/Grüne)

Tatsache ist - und ich möchte immer wieder darauf hinweisen, -: Wir haben gestern ein Steuergesetzpaket mit 1kg Papiergewicht überreicht bekommen, und ich möchte den Abgeordneten sehen - und er möge sich bitte vom Platz erheben -, der wirklich der Auffassung ist: Er überschaut das, was er hier auslöst, geschweige denn er überschaut den Inhalt oder ist gar der Auffassung, daß wir nicht besser beraten gewesen wären, uns den Kopf über Anpassungs- und Übergangsregelungen zu zerbrechen.

(Beifall, vor allem bei der PDS)

Tatsache-ist, daß wir hier Gesetze durchrutschen lassen - „durchrutschen“ sage ich ganz bewußt, denn im Deutschen Bundestag wird der Begriff „Durchpeitschen“ benutzt, wenn in der Legislative, also im Gesetzgebungsverfahren, sieben Wochen <sup>in</sup> den Abschluß eines Gesetzes unterschritten werden. Das mögen Sie bitte bei dem Zeitraum bedenken, der uns zur Verfügung steht.

Es ist natürlich dann immer einfach gesagt, daß die Bevölkerung nichts damit anzufangen weiß, daß sie das sabotiert, daß sie das nicht versteht, was jetzt auf sie zukommt. Wie mag es dann erst im Kopf der Leute aussehen, die mit diesem Paket jetzt arbeiten müssen! Für uns Parlamentarier mag es noch einfach sein, mit Armheben das alles ungesehen durchgehen zu lassen, was sich in der Bundesrepublik so bewährt hat. Aber es gibt viele, die damit arbeiten müssen.

Wir sind in dem Sinne nicht bereit, uns an dieser Gesetzgebungsflut zu beteiligen. Wir sind allerdings sehr wohl bereit, die Schadensbegrenzung dieses Vertrages in seiner Auswirkung zu unterstützen.

(Heiterkeit bei CDU/DA - Beifall bei der PDS)

Sie werden, glaube ich, einige Monate später nicht mehr ganz so schamlos lachen können, würde ich denken.

(Schamlos!)

Aber ich möchte Sie in dem Zusammenhang auf eine andere Sache aufmerksam machen, und dieser Umstand scheint mir

durchaus bedenklich: Wir haben es nämlich, während das Parlament hier mit einer einzigartigen Gesetzgebungsflut beschäftigt wird, damit zu tun, daß der Ministerrat sehr flott Verordnungen und Ministerratsbeschlüsse auslöst, die, glaube ich, hier in diesem Hause nicht jeder Parlamentarier kennt.

(Beifall)

Man fühlt sich so ein bißchen an die Honecker-Ära erinnert. Es sind nämlich Verordnungen und Ministerratsbeschlüsse, die weit über den Rahmen einer Verordnung hinausgehen und eben Gesetzescharakter tragen. Ich frage die Regierung von dieser Stelle aus. Wann werden uns die Ministerratsbeschlüsse und die Verordnungen denn bekanntgegeben, die jetzt außerhalb dieser Gesetze ebenfalls in unserem Land kursieren? Diese Frage möchte ich gern beantwortet haben.

(Beifall, vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Uli mann:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Watzek. Er spricht für die Fraktion DBD/DFD.

#### **Dr. Watzek für die Fraktion DBD/DFD:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der heutigen Tagung der Volkskammer liegt wiederum ein Gesetzespaket vor, das uns sowohl - heute schon betont - von seiner Bedeutung und seinem Umfang als auch von der überaus kurzen Zeit, die zur Verarbeitung zur Verfügung steht, hart fordert. Die Lösung dieser gesetzgebenden Aufgabe ist jedoch zwingend notwendig, um die Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 2. Juli dieses Jahres zu gewährleisten. Sie bedeutet einen weiteren wichtigen Schritt zur Entwicklung marktwirtschaftlicher Voraussetzungen und Bedingungen in der DDR.

Als Fraktion DBD/DFD interessieren uns natürlich vorrangig die steuerrechtlichen Regelungen für die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft und der Verarbeitungsindustrie und damit für die Bäuerinnen und Bauern und die Arbeitnehmer dieses Bereiches.

Es ist, verehrte Abgeordnete, unbedingt notwendig, daß die bisher geltenden Besteuerungsreformen der Landwirtschaft, z. B. der Erhebung von Festbeträgen je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche entsprechend der Bodenqualität oder die Nettogewinnabführung der volkseigenen Güter mit der Einführung der Marktwirtschaft aufgehoben werden.

Die bisherigen Abgaberegeln berücksichtigten nicht das in der Marktwirtschaft tragende Prinzip, Leistungen zu fördern und zugleich Leistungen zu belohnen. Dieses Prinzip ist aber nicht allein mit der pauschalen Übernahme der BRD-Steuerrechtsregelung zu realisieren.

Die spezifischen Probleme unseres Landes und der einzelnen Bereiche der Wirtschaft müssen berücksichtigt werden. Das heißt z. B., daß durch die erforderlichen steuerrechtlichen Regelungen die Chancengleichheit der Betriebe der Landwirtschaft unseres Landes gegenüber den Landwirtschaftsbetrieben der Bundesrepublik Deutschland gesichert sein muß.

Das erfordert, daß die Genossenschaften der Landwirtschaft und die staatlichen Betriebe, zukünftig als Güter der Länder, der kommunalen Körperschaften oder wissenschaftlicher Einrichtungen organisiert, steuerrechtlich genauso behandelt werden, wie die bäuerlichen Betriebe oder Genossenschaften in der BRD und nicht als Gewerbebetriebe.

Anderenfalls würde es bedeuten, daß die Landwirtschaftsbetriebe bei uns im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland 50 % des Gewinns als Körperschaftssteuer und 5 % vom Gewerbeertrag als Steuer abzuführen hätten. Damit wäre eine Chancengleichheit im Wettbewerb mit der Landwirtschaft der BRD ausgeschlossen.